



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Eröffnung des württembergischen Landtags.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Eröffnung des württembergischen Landtags.

Am 24. Nov. trat der Landtag endlich zusammen, der im Januar 1862 unter großer Theilnahme des Volks gewählt, im Mai desselben Jahrs zu einer kurzen Session einberufen wurde, und dessen Wiedereröffnung seit Anfang dieses Jahres von Monat zu Monat hinausgeschoben worden ist. Die Fortschrittspartei war in dem Wahlfeldzug nicht gerade unglücklich gewesen; sie hatte mehre Siege erobert, mehre Capacitäten gewonnen. Dennoch gebietet sie — alle ihre Fractionen zusammengerechnet — bei dem Vorsprung, den der Regierung die privilegierten Siege gewähren, kaum über die Hälfte der Kammer, so daß einer Anzahl in der Mitte stehender Mitglieder, wesentlich großdeutscher Färbung, welche noch keine feste Partei gebildet haben, aber leicht alle unentschiedenen Elemente für sich gewinnen werden, ein Hauptgewicht in entscheidenden Fragen zufallen wird. Uebrigens ist die Parteibildung überhaupt zur Zeit ziemlich schwankend und dürfte je nach dem Gang der Ereignisse sich noch wesentlich modificiren.

In der äußeren Physiognomie zeigte die Kammer bei ihrem Wiederzusammentritt darin eine Veränderung, daß der Führer der Altliberalen und der vormaligen Opposition den Präsidentenstuhl, der ihm seit 13 Jahren als eine Art Ehrenstelle eingeräumt worden war, nicht mehr einnahm. Der Rücktritt Römers aus dem öffentlichen Leben kommt nicht unerwartet, er war durch seine Gesundheitsverhältnisse unvermeidlich geworden. Was die liberale Seite des Hauses an ihm verliert, wird sich je nach der Wahl seines Nachfolgers in der Zukunft vielleicht noch mehr als bisher fühlbar machen. Zunächst wird seine Stelle der Fhr. v. Barmbühler als erster Vicepräsident einnehmen. In wie weit es der Wunsch der Kammer ist, von einem der Matadore des großdeutschen Vereins, von einem ritterschaftlichen Abgeordneten, dessen politische Vergangenheit nichts weniger als populär ist, präsidirt zu werden, wird sich bei der Neuwahl des Präsidiums entscheiden. Die Parteien werden sich bei diesem Anlaß zuerst an einander messen.

Als ein Budgetlandtag, der außerdem wichtige Eisenbahnvorlagen und Grenzboten IV. 1863.

eine große Zahl localer Gesezgentwürfe zu erledigen hat, ist er einer langen Dauer sicher. Auch wird es ihm nicht an mannigfachem Interesse fehlen, wenn gleich seine Bedeutung sich wesentlich auf innere Fragen beschränkt. Das Budget für die nächste dreijährige Verwilligungsperiode, das indessen noch nicht festgestellt ist, wird, wie man hört, sehr günstige Ziffern aufweisen. Die Finanzkraft des Landes hebt sich von Jahr zu Jahr, und die Erträgnisse aus den Steuern wie aus dem Staatsvermögen sind in fortwährender Zunahme begriffen. Auch diesmal, wie seit einer Reihe von Jahren, wird die Regierung bei ihrer Rechnungsablage einen namhaften Ueberschuß über die Voranschläge der sogenannten Restverwaltung überweisen können. Interessant ist, was aus einer kürzlich veröffentlichten statistischen Uebersicht hervorgeht, daß in zwei Departements seit den zwanziger Jahren die Ausgaben sich nicht nur nicht erhöht, sondern, hauptsächlich durch Einziehung überflüssiger Stellen, eher vermindert haben: in der Finanzverwaltung und im auswärtigen Departement.

Neue Anforderungen an die Staatskräfte werden diesmal hauptsächlich von Seiten des Cultusministers gemacht werden, der in seinem Departement Manches nachzuholen hat. Die Kosten der Universität*) sind natürlich fortwährend im Steigen, und man weiß, daß Staatsrath v. Goltzer, dessen Thätigkeit überhaupt allgemein Anerkennung findet, ihr seine besondere Sorgfalt zuwendet. Mit den Berufungen hat er freilich nicht immer Glück gehabt, und eine „Celebrität“ zu gewinnen, wie es schon lange seine Absicht ist, ist ihm bis jetzt nicht gelungen. Zu spät macht man jetzt die Erfahrung, daß die selbstverschuldeten Verluste — man denke nur an Robert Mohl, Vischer, Zeller, Reyscher — sich schwer wieder ersetzen lassen, und daß sie um so empfindlicher sind, als bei den beschränkten Mitteln des kleinen Landes Namen erster Größe von auswärts sehr schwer sich gewinnen lassen. Ein anderes Capitel, das dringend weitere Mittel erheischt, sind die Kunstangelegenheiten, welche bis jetzt sehr dürftig ausgestattet sind**). Da ferner die Lage der Pfarrer und Schullehrer aufgebeffert werden soll und endlich der Bau mehrerer Staatsgebäude unaufschiebbar ist, wird der Departementsvorstand seine ganze Popularität nöthig haben, um alle seine Positionen durchzubringen. Ein Gesezgentwurf, den derselbe bezüglich der bürgerlichen Gleichstellung der Israeliten mit den übrigen Staatsbürgern eingebracht hat, und der eine Verfassungsänderung involvirt, wird wohl ohne vielen Widerspruch genehmigt werden.

*) Nach dem letzten Etat 1861—1864 beträgt die jährliche Summe für Universitätswende 136,000 Fl.

***) Die jährliche Summe, die im bisherigen Etat für die Kunstschule und Staatsgalerie, für die vaterländische Alterthumsammlung, für Reiseunterstützungen junger Künstler u. s. w. ausgesetzt ist, beträgt 17,955 Fl.

Das Ministerium des Innern hat einen Gesetzesentwurf zur Ablösung der Complexlasten vorgelegt, der einen Nachtrag zur Ablösungsgesetzgebung von 1848 und 49 bildet. Hoffentlich wird damit diese Streitfrage, welche Jahre lang die Gemüther aufgeregert hatte, zu ihrer endlichen Erledigung kommen. Nach den mündlichen Erklärungen, welche Hr. v. Linden in der Commission abgegeben, hat die Regierung definitiv auf weitere Versuche verzichtet, den Protesten und Entschädigungsansprüchen der Privilegirten und der Vereinbarung, welche sie selbst im Jahre 1856 mit den Standesherrn eingegangen, Folge zu geben. Sie weiß selbst zu gut, welches Agitationsmittel sie damit der liberalen Partei aus den Händen windet.

Das Justizministerium hat, während ein Abgeordneter desselben an den hannoverschen Civilproceßconferenzen Theil nimmt, gleichzeitig einen eigenen Entwurf zur Reform des Justizverfahrens und eine neue Advocatenordnung veröffentlicht. Die letztere, welche die bisher freigegebene Advocatur beschränken würde, ist auf vielen Widerspruch gestoßen. Eine Abänderung unserer Justizorganisation im Sinne der Grundsätze der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit ist allerdings zur Nothwendigkeit geworden. Allein die Schwierigkeiten, mit einem festgewurzeltten Zustand zu brechen, sind, namentlich sofern eine veränderte Eintheilung der Gerichte damit verbunden ist, nicht gering, und die Bedenken gegen die erheblichen theils einmaligen, theils bleibenden Kosten der neuen Organisation dürften nur dann überwunden werden, wenn ein Mann von kräftigerem Willen und größerer Autorität, als der gegenwärtige Vorstand des Justizdepartements, sie vor den Kammern verträte. Dagegen wird die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs, mit welcher Württemberg spät genug kommt, wohl einen der ersten Gegenstände bilden, die der Landtag erledigt.

Die Eisenbahnen betreffend, erwartet man nicht nur den Bau, resp. die Fortsetzung mehrerer Bahnen zur Hebung des Verkehrs im Inland, sondern hauptsächlich endlich einmal die Festsetzung eines Systems für unsere Verkehrslinien. Die Folgen davon, daß bisher nicht nach dem allgemeinen Plan, sondern je nach dem nächstliegenden Bedürfniß und zum Theil nach verkehrten Grundsätzen gebaut wurde, machen sich von Jahr zu Jahr fühlbarer. Nicht nur wird durch jenes ziellose Experimentiren das Fagen nach Projecten, das Wettlaufen der Kirchthurminteressen unmäßig begünstigt, sondern es haben sich für den inneren Verkehr, wie namentlich für den Anschluß an die Nachbarstaaten sehr empfindliche Nachtheile herausgestellt. Noch ist die Verbindung mit dem Norden wie nach dem Südwesten eine durchaus ungenügende. Das früher beliebte System der Mittellinien hat zur Folge gehabt, daß jetzt ein Arm unserer Hauptbahn (nach Baden) halb trocken gelegt ist und bald ganz werthlos sein wird, wenn ein directer Anschluß nach Heidelberg zu Stande kommt. Unsere Oberneckarthalbahn, die nach Schaffhausen zu münden bestimmt

ist, gilt jetzt allgemein, wenigstens was diesen letzten Zweck betrifft, für eine verfehlte Anlage. Bei dem ungeheuren Umweg, den sie beschreibt, dient sie weder dazu, den Schwarzwald mit seinen Producten zu erschließen, noch dem Verkehr mit der Schweiz künftig einen naturgemäßen Weg zu eröffnen. Solche Uebelstände lassen sich, wenn man nicht radical verfahren will, schwer beseitigen oder wieder gut machen, aber um so mehr ist es an der Zeit, nachträglich die gemachten Erfahrungen zu beherzigen, und wenigstens für die Zukunft so weit es noch möglich ist, nach bestimmten Grundsätzen zu verfahren. Dann muß auch der widerwärtige Streit mit Preußen wegen der Bahn ins Hohenzollernsche endlich sich erledigen. Die Hartnäckigkeit und Engherzigkeit ist hier ganz auf württembergischer Seite. Preußen knüpft nämlich an die Erlaubniß zum Weiterbau der Oberneckarbahn, die eine kurze Strecke preußisches Gebiet durchschneidet, die Bedingung, daß von der Neckarbahn aus eine Verbindung mit Hechingen und Sigmaringen hergestellt werde. Diese Forderung ist nicht nur vom preußischen Interesse aus selbstverständlich, sondern sie ist auch im Interesse einer Anzahl württembergischer Bezirke, welche seit geraumer Zeit eine Agitation in dieser Richtung unterhalten. Nur die preußenfeindlichen Phantasien M. Mohls, der davon eine tödtliche Concurrenz für die württembergische Hauptbahn an den Bodensee befürchtet, haben bisher die Gewährung dieser Concession verhindert und dafür das fabelhafte Project erzeugt, das Neckarthal zu verlassen und jene preußische Strecke zu umgehen, ein Umweg, der ungeheure Summen für eine Laune opfern würde. Ueberhaupt haben beim Abschluß unserer Verträge mit den Nachbarstaaten kleinliche Sonderinteressen eine große Rolle gespielt, wobei indessen Baden und Baiern gegenüber das dazwischen gefeilte Württemberg in der Regel den Kürzern zog.

Was die Kammer etwa in der deutschen Frage thun wird, hängt natürlich ganz von dem Lauf der Ereignisse ab. Als sie im Mai vor. J. zum ersten Mal zu einer kurzen Session zusammentrat, wurden drei Anträge in der deutschen Frage eingebracht, der eine von der vereinigten Linken, der andere von der großdeutschen, der dritte von der ultramontanen Seite. Allein seitdem ist das Delegirtenproject, ist dann die österreichische Reformacte nacheinander aufgetaucht und wieder verschwunden, seitdem ist der Abgeordnetentag und der großdeutsche Verein gegründet worden, hat der Nationalverein im Lande mehr Boden gewonnen, hat die eßlinger Versammlung die demokratische Partei selbst gespalten. Jener Antrag von der demokratischen Seite war gemeinschaftlich von Hölder und Desterlen eingebracht, welche seit Eßlingen in der deutschen Frage in verschiedenen Lagern stehen; dieser eine Umstand beweist, wie sehr jene Anträge inzwischen durch die Ereignisse überholt sind. Die gegenwärtige Lage der Parteien ist keine erfreuliche. Die aufsteigende Bewegung im nationalen Sinn, welche zu Anfang dieses Jahres in verschiedenen Kundgebungen

sich aussprach, ist seitdem ins Stocken gerathen. Es wären eher Rückschritte zu constatiren denn Fortschritte. Den großdeutschen Bestrebungen kam dies freilich wenig zu statten. Sie haben bis auf diesen Tag einen höchst precären Erfolg in Schwaben gehabt, und das Reformproject hat, wie kritiklos es im ersten Moment von mancher Seite aufgenommen wurde, ihnen nicht aufzuhelfen vermocht. Dagegen hat jener Pessimismus, der gefährlichste Bundesgenosse der antinationalen Sache, wieder schlimm um sich gegriffen. Man will nichts von kleindeutschen, nichts von großdeutschen Projecten wissen, und wenn auch im Stillen die Fehde unter den Fractionen und Fractiönchen fortbauert, so ist es nicht die nationale Sache, welche von diesem unfruchtbaren Treiben Gewinn zieht. Erst in den jüngsten Tagen haben die Schlag auf Schlag aus dem Norden eintreffenden Nachrichten wieder belebend und erfrischend eingewirkt. Nicht bloß in der Hauptstadt, sondern in den verschiedensten Gegenden des Landes haben die Sympathien für die Herzogthümer, welche bei uns immer warm geblieben sind, sofort einen kräftigen Ausdruck gefunden. Die Bürgerversammlung, die am 20. d. in Stuttgart gehalten wurde, war seit längerer Zeit, wenn man etwa den 18. October ausnimmt, wieder das erste Zeichen eines allgemeinen politischen Interesses, und zum ersten Male wieder waren politische Persönlichkeiten der verschiedenen liberalen Schattirungen, Altliberale und Demokraten, Klein- und Großdeutsche in Einem Saale beieinander. Wie weit sich daran Hoffnungen auf eine erneute allgemeine Theilnahme an den vaterländischen Angelegenheiten knüpfen lassen, hängt freilich ganz von dem fernern Verlauf der Sache ab.

Auch in der Frage des Handelsvertrags hat die Agitation, welche sich zu Anfang dieses Jahrs bemerklich machte, längst wieder der tiefsten Ruhe Platz gemacht. Die Gründe für und wider sind erschöpft, und fast mit stumpfer Gleichgültigkeit sah man den münchener Conferenzen, und sieht man jetzt dem Ergebniß der berliner Conferenzen entgegen. Das schrittweise Zurückweichen der Vertragsgegner, welche in der That eine Position um die andere aufgegeben haben, scheint nicht dafür zu sprechen, daß auf dieser Seite große Siegeszuversicht herrscht. Wenn man sich erinnert, wie die Gegner ursprünglich über jede einzelne Tarifposition jammerten und im Interesse der tödtlich bedrohten Industrie den Vertrag für absolut unannehmbar erklärten, während sie jetzt den Tarif völlig preisgegeben und sich auf den Widerspruch gegen Art. 31 zurückgezogen haben, — daß sie früher den Eintritt Gesamtösterreichs in den Zollverein verlangten, während dann ihre Forderung darauf zusammenschumpfte, daß die Verhandlung über die österreichischen Vorschläge gleichzeitig mit der über Erneuerung des Zollvereins eröffnet werden solle: kann man nicht in Zweifel darüber sein, auf welcher Seite schließlich vollends nachgegeben wird — vorausgesetzt, daß überhaupt der Zollverein erhalten bleibt. Allein daß dieser

ernstlich bedroht ist, wird noch immer mit der unbefangenen Miene von der Welt in Abrede gestellt. Noch immer gilt es als Dogma, daß trotz allen Sträubens in letzter Stunde Preußen nachgeben müsse und nachgeben werde! Wird dieser Glaube auch in den Regierungskreisen getheilt, so ist freilich der Bruch unvermeidlich, ein Bruch, der allerdings schwerlich zur bleibenden Trennung führt. Wenigstens ist nach Allem zu schließen, daß bindende Verabredungen zwischen Oestreich und den süddeutschen Mittelstaaten für den Fall der Nichterneuerung der Zollvereinsverträge bis jetzt nicht getroffen sind. Vielmehr scheint die Unsicherheit und Rathlosigkeit in dieser Frage in den officiellen Kreisen nicht minder groß zu sein als in den nichtofficiellen. Man hat wohl die Rathschläge Oestreichs angenommen, wie denn das Aufgeben der schroff schutzöllnerischen Agitation gegen den Vertrag direct von Wien aus empfohlen wurde, wo bekanntlich selbst eine einflußreiche Partei dem Freihandelsystem zuneigt, aber man hat sich noch keineswegs für die Zukunft gebunden. Eben diese Schwenkung in der volkwirthschaftlichen Beurtheilung der Frage beweist auch am besten, wie von Anfang an nicht die materiellen und moralischen Interessen, sondern allein die politischen Instinkte und Eingebungen maßgebend waren. In concreter Anwendung auf unsre Verhältnisse heißt dies so viel, daß die ganze Frage wesentlich als Sache des auswärtigen Ministeriums, nicht des Finanzministeriums behandelt wurde. Die Fehde zwischen dem mehr dem volkwirthschaftlichen Fortschritte zugewandten Finanzdepartement und dem östreichischen Einflüsterungen gehorchenden auswärtigen Amt dauerte den ganzen Sommer über fort. Sie trat namentlich bei der Wahl eines Vertreters für die münchener und die berliner Conferenz hervor. Schließlich einigte man sich dahin, daß ein Vertreter des Finanzministeriums, aber — gleichsam zur Ueberwachung und als erster Bevollmächtigter — auch ein Beamter vom Ministerium des Innern, dessen Uebereinstimmung mit den Anschauungen des auswärtigen Amtes man sicher war, abgeschickt wurden. Schwerlich dürften diese Vorgänge, die hier allbekannt und nur ein Beweis von vielen für die Schwäche in der gegenwärtigen Leitung des Finanzministeriums sind, in der Kammer unbesprochen bleiben.

Inzwischen ist das Referat über den Handelsvertrag, mit welchem die volkwirthschaftliche Commission M. Mohl betraut hat (Correferent ist Freih. v. Barmbühler) nach anderthalbjährigem Schweiß dieser Tage glücklich zu Ende gebracht worden. Die Riesearbeit umfaßt nicht weniger als 84 Druckbogen, und ist, wie die Gegner des Vertrags im Voraus versichert haben, ein Meisterwerk von Gründlichkeit und vernichtender Kritik. Im Voraus weiß man wenigstens gewiß, was der Schlußantrag dieses Referats sein wird, und es ist auch kaum zu zweifeln, daß die fast nur aus bekannten Gegnern des Vertrags zusammengesetzte Commission gleichfalls die Ablehnung desselben empfehlen

wird. Indessen wird die Debatte und die Beschlußfassung doch wesentlich vom Gang der berliner Conferenzen abhängen, die nach der einen oder der andern Seite eine vollendete Thatsache schaffen werden.

Besonders erfreulich sind die Aussichten nicht, unter welchen der württembergische Landtag zusammentritt. Wir hegen bescheidene Erwartungen, zumal seitdem der bayrische Landtag die Hoffnungen, mit denen er vor seiner Eröffnung begrüßt worden war, nur in geringem Maße erfüllt hat. Vielleicht werden unsre Erwartungen übertroffen. Gehen wir großen Ereignissen entgegen, so wird es nicht an patriotischen Männern fehlen, welche im Stande sind, die Kammer auf die Höhe ihrer Aufgabe fortzureißen.

Die deutsche Landwirthschaft -sonst und jetzt

von

Reinhard Schaum.

2.

Als Thaer, ausgerüstet mit einer für die damalige Zeit hinreichenden Bekanntschaft mit den Hilfswissenschaften der Landwirthschaft, die durcheinanderwogenden Ansichten und Erfahrungen der Praktiker zu sichten begann, rief er, was einem Reformator selten begegnet, keinen besonderen Widerspruch hervor. Er war von Haus aus nicht Landwirth; aber er ging, obgleich in schon vorgerückterem Alter und ein gesuchter Arzt, der etwas aufgab, als er die Medicin bei Seite legte, zur Thätigkeit eines praktischen Landwirths über. Bekanntlich übernahm er anfangs ein Gut im Oderbruch, bis er später nach Möglin zog. Während ihm nun meist als sein größeres Verdienst die Erhebung der landwirthschaftlichen Lehre zu einer Wissenschaft angerechnet wird, indem man eine solche überhaupt erst seit dem Erscheinen seines Hauptwerks: „Grundsätze der rationellen Landwirthschaft“ (1809—1812) datirt, wird es nicht schwer sein, zu beweisen, daß Thaers landwirthschaftliche Praxis und seine hier erzielten Erfolge ihn nicht minder als Reformator erscheinen lassen. Ja — ich meine, daß seine Thätigkeit auf dem Acker und seine unmittelbare Anwendung vernünftigeren Landbaus, daß sein Beispiel ein höherer Gewinn war, als der